Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 003/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach - AöR	16.02.2011	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Regelung von Leistungsbeziehungen mit der Stadt Bergisch Gladbach

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand wird ermächtigt den in der Anlage beigefügten Vertrag zur Regelung von Leistungsbeziehungen mit der Stadt Bergisch Gladbach abzuschließen.

Sachdarstellung / Begründung:

1. Grundsätzliches

Mit Ratsbeschluss vom 05.10.2011 wurden dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR die Aufgaben "Grundstücksverkehr" und "Wirtschaftsförderung / Fremdenverkehr" übertragen. Für die Aufgabenübernahme ist gemäß § 13 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ein angemessenes Entgelt zu zahlen.

Die Stadt Bergisch Gladbach ihrerseits hat das Personal für die Aufgabenbewältigung abgeordnet und stellt die Arbeitsplätze mit entsprechender Ausstattung im Rathaus Bensberg zur Verfügung. Die Inanspruchnahme des Personals und die Nutzung der damit verbundenen Arbeitsplätze ist der Stadt Bergisch Gladbach zu ersetzen.

2. Personal- und Sachkosten

Die Personalkosten für das ohne Ausnahme abgeordnete Personal belaufen sich auf rund 420.000 € und teilen sich gemäß der Anlage 1 des Vertrages in Beschäftigte und Beamte auf. Die Stadt bezahlt also nach wie vor die Gehälter des abgeordneten Personals, inklusive aller Lohnnebenkosten.

Zusätzlich verursachen die insgesamt durch die Stadt Bergisch Gladbach bereitgestellten 6.5 Arbeitsplätze Sachkosten, die orientiert am KGst-Gutachten M 2/2009 mit pauschal 10.000 € pro Arbeitsplatz ermittelt wurden. Insgesamt fällt damit ein Sachaufwand von 65.000 € / Jahr an.

3. Leistungsentgelt für übernommene Aufgaben

Der Stadtentwicklungsbetrieb erhielt durch Ratsbeschluss vom 05.10.2010 die Aufgaben "Grundstücksverkehr" und "Wirtschaftsförderung / Fremdenverkehr" übertragen. Dies entlastet die Stadt Bergisch Gladbach, da der mit den Aufgaben verbundene Aufwand nunmehr durch die AöR zu tragen ist.

Im Rahmen der Übernahme der Aufgabe Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr fiel bisher im städtischen Haushalt Sachaufwand in einer Höhe von 42.100 € / a an, der ebenfalls ab dem 01.01.2011 durch die AöR zu tragen ist.

4. Übersicht der Zahlungsströme

Insgesamt wird der Stadtentwicklungsbetrieb also rd. 485.000 € / a an die Stadt zahlen. Die Stadt ihrerseits wird an den Betrieb rd. 527.100 € zahlen. Die Differenz von 42.100 € ergibt sich aus dem auf der Seite der Stadt ersparten Sachaufwand für die Wirtschaftsförderung, der nunmehr durch die Anstalt aufgebracht wird.

Sowohl die Zahlung der Stadt als auch die Zahlung der Anstalt stehen unter dem Abrechnungsvorbehalt für die Personalkosten. Diese Abrechnung führt aber auf beiden Seiten nicht zu Verbesserungen bzw. Verschlechterungen, da die Zahlungsströme sich gegenseitig aufheben.

5. Haushaltsneutralität

Alle in dem anliegenden Vertrag dargestellten Zahlungsströme sind aus der Sicht des städtischen Haushalts aufkommensneutral. Es besteht also Deckung für die Zahlung in Form der bisher für die an die AöR abgegebenen Aufgaben veranschlagten Haushaltsmittel. Diese

können im NKFHaushalt für die Zahlungen an die Anstalt umgewidmet werden.